

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 103. Ratssitzung vom 8. Juli 2020

2733. 2020/275

Postulat von Patrik Maillard (AL) und Olivia Romanelli (AL) vom 24.06.2020: Schaffung von Voraussetzungen für den Einsatz von schulischem Betreuungspersonal im Unterricht

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Patrik Maillard (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2665/2020): Unser Postulat möchte an das Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 13. Dezember anknüpfen, mit dem ein unbürokratischer Einsatz von Betreuungspersonen als Klassenassistenzen gefordert wurde. Der sogenannte «Lebensraum Schule» sollte auch beinhalten, dass es keine strikte Trennung von Betreuung, Lehrpersonen und dergleichen gibt. Es macht Sinn, wenn man in der Betreuungsarbeit während des Unterrichts Personen aus der Betreuung ausserhalb des Unterrichts zuzieht. Die Schülerinnen und Schüler kennen diese Personen bereits aus einem positiven Zusammenhang. Es sind Bezugspersonen, die sie bereits aus dem Hort, aus der Mittagsbetreuung, aus Freizeitangeboten und so weiter kennen. Zudem hätte dies auch eine Verbesserung des Problems der oft zerstückelten Teilzeitpensen der Betreuungspersonen zur Folge. Viele Betreuungspersonen haben zerstückelte Kleinpensen. So wird zum Beispiel eine 40 %-Anstellung auf 5 Tage verteilt. Man kann somit daneben kaum noch einem anderen Job nachgehen. Am 13. Dezember hat der Gemeinderat der Aufstockung der Ressourcen für Aufgabenstunden in der Regelschule um 35 Stellenwerte zugestimmt. Das war ein Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und mir. Mit dem Nachtragskredit I haben die Kreisschulpflegen, das Schulamt und der Stadtrat erfolgreich beantragt, dass die für Lehrpersonen geschaffenen neuen Ressourcen in ein Konto für allgemeine Personalressourcen umgelagert werden sollen. Von 35 Vollzeitstellen für Lehrpersonen sind 7 geblieben. Die restlichen 28 Stellen wurden in 34,6 Stellenwerte für Klassenassistenzen und 15,6 Stellenwerte für Fachpersonen Betreuung (FaBe) umgewandelt. Diese Stellen für die Fachpersonen Betreuung konnten die Kreisschulpflegen aber nicht einsetzen. Das HRZ hatte verlangt, dass für den Einsatz von FaBe im Unterricht eine neue Anstellung verfügt werden muss und damit die FaBe für die Tätigkeit im Unterricht in einer tieferen Funktionsstufe angestellt werden. Diese zweite Anstellung wäre rund 12 % schlechter entlohnt und würde der Entlohnung der Klassenassistenzen entsprechen – und dies trotz des Umstands, dass FaBe eine höhere Qualifikation und mehr Kompetenz in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen mitbringen. Die FaBe würden somit unter ihrem Wert eingestellt. Das würden sie wohl nicht ohne Not machen. Nicht nur aus monetären Gründen, sondern auch aus Gründen der Wertschätzung. Wenn ich als Koch plötzlich in Teilzeit als Hilfskoch zu einem geringeren Lohn arbeiten müsste, würde ich das nur tun, wenn ich wirklich keine andere Möglichkeit hätte. Ich möchte die Arbeit der Klassenassistenzen nicht geringschätzen. Im Gegenteil. Aber die*

Anforderungen im Stellenprofil für Klassenassistenzen sind wesentlich geringer. Man braucht keine Ausbildung, um Klassenassistent zu werden. Inzwischen ist klar, dass die Schulen nicht FaBe aus der Betreuung einsetzen können mit den über die Nachtragskredite beantragten Ressourcen. Die Mittel wurden mittlerweile vom Schulamt für die Anstellung von weiteren Klassenassistenzen freigegeben. Nun wird geprüft, ob zu einem späteren Zeitpunkt eine neue Anstellungskategorie FaBe+ geschaffen werden soll und so den von Yasmine Bourgeois (FDP) und Christian Huser (FDP) geforderten Einsatz von Betreuungspersonen im Unterricht doch noch zu ermöglichen. Die Kernidee einer unbürokratischen Umsetzung wäre so nicht mehr realisierbar. Der Stadtrat ist mit unserem Postulat aufgefordert, die bestehenden Vorgaben so anzupassen, dass Schulen qualifiziertes Betreuungspersonal zum üblichen Lohn im Unterricht einsetzen könnten. Die Anpassung soll den kommunalen Spielraum ausschöpfen, um neben Fachpersonen Betreuung auch andere, bereits in der Schule tätigen Personen im Unterricht einsetzen zu können, wenn sie dafür qualifiziert sind. Zudem soll der Stadtrat prüfen, ob für die neu im Unterricht tätigen Personen gezielte Weiterbildungen angeboten werden können.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es ist eine komplexe Angelegenheit. Yasmine Bourgeois (FDP) forderte, dass ihr Vorhaben unbürokratisch umgesetzt werde, und zwar, dass jene Betreuer, die in den unzähligen Tagesschulen während des ganzen Tages dabei sind, in den Stunden zwischen den Betreuungszeiten wie Mittagessen auch im Unterricht Unterstützung leisten können und den Lehrern und den Klassenassistenzen unter die Arme greifen können. Die SVP hat damals das Postulat unterstützt, weil wir uns vor allem auf den Begriff «unbürokratisch» konzentriert haben. Unbürokratisch und Verwaltung sind aber leider allzu oft Antonyme. Wir waren in diesem Fall möglicherweise etwas blauäugig und dachten, dass es in diesem Fall vielleicht unbürokratisch funktionieren würde. Wenn man aber die Begründung des Postulats liest und versucht, zu verstehen, warum nun das Betreuungspersonal nicht einfach einmal kurz in den zwei Stunden, in denen es zwischen dem Frühstück und dem Mittagessen oder dem Mittagessen und der Nachmittagsbetreuung Zeit hat, in ein Klassenzimmer zu gehen und auf welche Art auch immer den Lehrer zu unterstützen, nimmt man erstaunt zur Kenntnis, dass es dafür eine Odyssee an Voraussetzungen braucht. Unter anderem müssen neue Jobprofile geschaffen werden. Das Postulat, das wir damals unterstützt haben, wurde nicht gemäss dem Wortlaut umgesetzt. Was die AL nun fordert, ist eine Lohnerhöhung der FaBe. Das war vermutlich nicht die Idee des damaligen Vorstosses. Die Idee war, dass man die Personen aus den Betreuungszeiten auf unbürokratische Weise auch kurz im Unterricht einsetzen kann. Es war sicher nicht die Idee, eine Maschinerie von Weiterbildungen, Lohnerhöhungen und noch mehr Massnahmen in Gang zu setzen. Deshalb lehnt die SVP das ab und zieht ihre Unterstützung des Postulats zurück. Es ist definitiv nicht möglich, das Postulat so umzusetzen, wie es angedacht ist.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Der Vorstoss knüpft an einen Vorstoss von mir und Christian Huser (FDP) an. Wir unterstützen den Inhalt und das Anliegen nach wie vor. Wir haben aber Vorbehalte, vor allem bei der Begründung des nun vorliegenden Postulats, bezüglich einer Angleichung der Löhne. FaBe und Klassenassistenten sind einer völlig unterschiedlichen Lohnklasse zugeordnet. Man kann diese Löhne nicht einfach angleichen. In unserem Vorstoss haben wir diese Personengruppe «Betreuungspersonen» und nicht «FaBe» genannt. Auch in der Betreuung gibt es noch andere Stufen. Es gibt zum Beispiel hauswirtschaftliche Assistenzen oder pädagogische Assistenzen. Diese haben eine ähnliche Lohnklasse wie Klassenassistenzen. Man müsste darüber nachdenken, ob man nicht einfach eine gesamte Tagesschulassistenten oder Schulassistenten einrichten möchte, die flexibel in der Betreuung und in den Klassen einsetzbar ist. Dann hätte man dieses Problem nicht. Bei den Fachangestellten Betreuung ist das fast nicht möglich. Sonst dreht sich die Lohnspirale immer mehr nach oben. Wenn die tiefere Stufe mehr Lohn erhält, will die nächsthöhere Stufe auch mehr Lohn. Wenn wir aber jene, die sich auf der gleichen Lohnstufe oder in der gleichen Lohnklasse befinden, in den gleichen Topf einordnen oder zusammen flexibel einsetzen, kann man das auch unbürokratisch lösen. So wäre es eigentlich gemeint gewesen mit dem Vorstoss von mir und Christian Huser (FDP). Wir schlagen deshalb eine Textänderung zum Vorstoss der AL vor: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit einer Überprüfung der Vorgaben von HR Stadt Zürich und anderen städtischen Stellen die Voraussetzungen geschaffen werden können, damit Schulen in der Betreuung angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen künftig auch im Unterricht einsetzen können, beispielsweise mit zwei Anstellungen oder indem nur Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der gleichen Lohnklasse eingesetzt werden.» Ich bitte den Rat, die Textänderung anzunehmen. Durch die Textänderung könnte man eine unbürokratische Lösung erreichen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Der Auslöser dieser Stellensituation war das Postulat GR Nr. 2019/511 der Grünen und der AL mit dem zugehörigen Budgetantrag. Der Antrag und das Postulat mit einer Textänderung der SP wurden am 13. Dezember 2019 vom Gemeinderat gutgeheissen. Bei diesen Vorstössen ging es darum, die Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an der Volksschule zu erhöhen, sodass an den Regelschulen gleich viele Aufgabenstunden zur Verfügung stehen wie an den Pilotsschulen des Projekts «Tagesschule 2025». Damit sollten alle Schulen gleich lange Spiesse erhalten und es sollte ein Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit an der Volksschule gemacht werden. Das Schulamt und die Schulpflege waren nicht glücklich über dieses Geschenk des Gemeinderats. Es brauche nicht mehr Aufgabenstunden, sondern mehr Klassenassistenten an der Zürcher Volksschule. Um AL, die Grünen und mich zu überzeugen, hat das Schulamt ausführlich schriftlich begründet, warum Aufgabenstunden weniger zur Chancengerechtigkeit beitragen als Klassenassistenten. Die Begründung lautet: Erstens: Hausaufgaben tragen nur wenig zum Lernerfolg bei. Zweitens: Hausaufgaben führen nicht zu mehr Chancengerechtigkeit. Beide Aussagen stimmen. Aber es ist absurd, auf diese Weise gegen einen Ausbau der Aufgabenstunden zu argumentieren. Denn in den betreuten Aufgabenstunden geschieht mehr als das Lösen von Hausaufgaben. Das zeigt eine Umfrage bei den Tagesschulen der Pilotphase 1. Aufgaben-

stunden werden als erweiterte Lernzeit genutzt, als individuelle Lernzeit, in der das eigenständige Lernen gefördert wird. Die Schülerinnen und Schüler haben unter dem Etikett «Aufgabenstunde» die Möglichkeit, im Unterricht Gelerntes zu vertiefen und zu wiederholen, Vorträge und Prüfungen vorzubereiten. Dabei können sie bei Bedarf die Unterstützung der anwesenden Person in Anspruch nehmen. Wenn man die Aufgabenstunden so ausgestaltet, wie es in den innovativen Schulen in unserer Stadt bereits passiert, sind sie ein Segen, insbesondere für Kinder, die zu Hause in beengten Wohnverhältnissen wohnen, oder die zu Hause keine Unterstützung erhalten. Richtig durchgeführte Aufgabenstunden tragen sehr wohl zur Chancengerechtigkeit bei. Dies kann man auch im Expertenbericht zur sozialen Selektivität nachlesen. Der Bericht 2018 wurde vom Schweizerischen Wissenschaftsrat in Auftrag gegeben. Soviel zu den Aufgabenstunden. Wir Grünen können sehr gut damit leben, dass jetzt ein grosser Teil der zusätzlichen Aufgabenstunden in Klassenassistenzen umgewandelt wird. Tatsächlich warten einige Schulen auf solche Assistentinnen und Assistenten. Sie stellen eine sehr sinnvolle Unterstützung der Lehrperson in belasteten Klassen auf allen Schulstufen dar. Der Lehrer oder die Lehrerin kann sich situativ vermehrt um die pädagogischen Bedürfnisse von einzelnen Schülerinnen und Schülern kümmern. Wenn man zusätzliche Stellen für Klassenassistenzen schafft, trägt das also auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei. Kein Verständnis haben wir Grünen dafür, dass nun ein Teil der vom Gemeinderat für Aufgabenstunden bewilligten Ressourcen blockiert würden. Es ist sehr sinnvoll, FaBe als Klassenassistenten einzusetzen. Es handelt sich um eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Wir appellieren im Sinne des vorliegenden Postulats an den Stadtrat, rasch zu handeln. Gerade in der Krisenzeit ist es besonders wichtig, der Volksschule die nötigen Ressourcen für Aufgabenstunden und Klassenassistenzen zur Verfügung zu stellen, damit alle Kinder ihre Anlagen optimal entfalten können.

Renate Fischer (SP): Das Thema des Postulats beschäftigt uns im Rat schon seit längerer Zeit. Man spricht vom «Lebensraum Schule»: vom Zusammenwachsen von Schule und Betreuung. Auf der Ebene Schule hat sich schon Vieles getan. Aber die Bürokratie im Zusammenhang mit den Anstellungen hinkt gewaltig hinterher. Das Problem ist, dass von insgesamt 10971 Anstellungen im Schulamt 6888 Mitarbeitende mehr als eine Anstellung haben, teilweise mit unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen. Teilweise müssen Personen sogar ihre Zeiterfassung in unterschiedlichen Systemen vornehmen. Der Administrativaufwand für rund 7000 zusätzliche Anstellungen ist unverhältnismässig gross. Gründe für die Mehrfachanstellungen sind unterschiedliche Anstellungsbedingungen, auch beim Lohn. Eine Fachfrau Betreuung, die im Hort Kinder betreut, verdient im Schnitt 11 % mehr, als wenn sie dieselben Kinder im Schulunterricht als Klassenassistentin unterstützt. In der Administration ist das Konzept «Lebensraum Schule» noch nicht angekommen. Der administrative Mehraufwand soll nun geändert werden, indem man eine Anstellung schafft, bei der eine Person sowohl im Bereich Schule als auch im Bereich Betreuung eingesetzt werden kann. Das Prozedere für die Einarbeitung dieser neuen Anstellung FaBe+ ist kompliziert und zieht sich immer noch hin. Mit dem vorliegenden Vorstoss soll nochmals betont werden, dass die vorher geschilderten Lohnunterschiede bei den Fachpersonen Betreuung und die Mehrfachan-



5 / 5

stellungen in der Stadt nicht tragbar sind. Zudem sollen auch andere qualifizierte Personen, die bereits in der Schule tätig sind, als Assistenz eingesetzt werden können. Die SP unterstützt das Anliegen.

Stefan Urech (SVP): *Wenn man jetzt nicht mehr folgen kann bei all den verschiedenen Gefässen wie Hausaufgabenstunde, Lebensraumschule und den verschiedenen Jobbezeichnungen wie Klassenassistenz, Fachbetreuung, FaBe+, Sozialpädagogen und Heilpädagogen, liegt das am aktuell vorhandenen System. In den Zimmern, in den Schulhäusern schwirren Leute mit einer Anzahl verschiedener Berufsgattungen umher. Vielleicht ist es an der Zeit, dass sich die im Rat vorherrschende politische Mehrheit Gedanken dazu macht, ob es wirklich zielführend ist, wenn wir im Rat darüber sprechen und niemand genau versteht, welche Kompetenzen und Ausbildungen all diese Personen haben müssen.*

Patrik Maillard (AL): *Die AL nimmt den Textänderungsvorschlag der FDP nicht an. Wie erwähnt ist die Stossrichtung eigentlich eine sehr ähnliche – aber der Weg ist es nicht. Wir haben absichtlich keine Beispiele genannt, wie man das Anliegen umsetzen könnte. Die Forderung lautet, dass der Stadtrat sich Wege überlegt, wie man dies tun könnte. Zu Stefan Urech (SVP): Es ist überhaupt nicht das Ziel und wird an keiner Stelle im Postulat erwähnt, dass Klassenassistenzen eine Lohnerhöhung haben sollen. Ich möchte nochmals betonen, weshalb wir den Textänderungsvorschlag nicht annehmen. Mit zwei Anstellungen würden wir niemanden aus der Betreuung wirklich in die Klassen bringen. Niemand lässt sich zu einem tieferen Lohn in einem Teilzeitjob einstellen. Ich glaube, es gibt zudem nicht so viele Personen in der Betreuung, die in der gleichen Lohnklasse sind wie Klassenassistenzen, die auf der tiefsten Lohnstufe sind. Deshalb bleiben wir bei unserem Text.*

Das Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat